

Neues Hotel an der Autobahn

WAZ Duisburg, 16.10.2008, Von Alfons Wintersseel

Lange lagen die Planungen für den Bau eines Autohofs am Kaiserberg-Kreuz auf Eis. Jetzt hat sich ein neuer Investor gefunden, der an der Carl-Benz-Straße bauen will



Dieses Luftbild zeigt das Autobahnkreuz Kaiserberg. Die Pfeile deuten auf die beiden Flächen, auf denen Autohof und Hotel/Motel sowie das "Entertainmentcenter" (Spielhalle) errichtet werden sollen. Foto: WAZ, Hans Blosssey

AUS DER POLITIK Für den seit 1999 Jahren geplanten Autohof am Kreuz Kaiserberg gibt es einen neuen Investor. Nachdem die WVA Geschäftsführung und Beratung GmbH aus Greven von ihren Plänen Abstand genommen hat, will nun die PSM-Projekt-Service Middendorp aus Salzbergen das Projekt verwirklichen.

Nach den vorliegenden Plänen würden neben Einrichtungen wie Tankstelle, Autowaschanlage und Restaurant auch ein "Entertainment-Center", Autoservice-Betriebe und ein Hotel oder Motel mit 75 Betten errichtet. Hierzu sei notwendig, den Planbereich zu erweitern. Standorte sind die Flächen

links und rechts der Carl-Benz-Straße an der Einmündung in die Ruhrorter Straße (siehe Foto). Die beiden Bereiche sollen mittels Fußgängerbrücke oder einer Unterführung der Carl-Benz-Straße miteinander verbunden werden.

Die Verwaltung begrüßt das Vorhaben auch vor dem Hintergrund, dass steigende Lkw-Zahlen auf den Autobahnen die Schaffung von zusätzlichen Rastplätzen nötig machen, damit die Fahrer ihre Ruhezeiten einhalten können.

Nachdem Bedenken der Grünen ausgeräumt wurden, dass an dieser Stelle durch die Einrichtung eines Erotik-Fachgeschäftes ein neues Rotlichtviertel entstehen könnte, stimmte die Bezirksvertretung Mitte am Donnerstag den neuen Plänen zu.

Auf ein geteiltes Echo traf die Neufassung der Bezirkssatzung, die die Rechte der Bezirksvertretungen regelt. Hierzu gehört, dass sich die Bezirksvertreter künftig selbst über das Internet über zustimmungspflichtige Bauvorhaben informieren können, statt einen Wust an Papier auf den Tisch zu bekommen. Während CDU und Grüne für einen parallelen Probelauf votierten, lehnten die SPD-Bezirksvertreter dies rundweg ab, mussten sich aber der Mehrheit beugen. Argument der SPD: Aus der Informationspflicht der Verwaltung wird so eine "Holschuld" der Bezirksvertreter. Es handele sich nur um einen vermeintlichen Vorteil.